

# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Nadebornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beilitz, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 156

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Montag, den 7. Juli

Er erscheint wöchentlich 6 mal  
Gratisbeilagen: „Zeitungsbild im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

### Kleine Zeitung für eilige Leser

- \* In Kiel traf zum Besuch ein amerikanisches Geschwader ein. Die Schiffe sind die ersten fremden Großkampfschiffe, die seit dem Kriege deutsche Häfen anlaufen.
- \* Die nationalsozialistischen Minister bleiben trotz des Mißtrauensvotums in der thüringischen Regierung.
- \* Beim Rheinlandbefreiungsflug sind in der Nähe von Köln drei Freizeitsportler infolge eines Gewittersurmes abgestürzt. Mehrere Personen wurden schwer verletzt.
- \* Die Flieger Hunter sind nach 23tägigem ununterbrochenem Flug in Chitago gelandet.

## Das Schachspiel an der Saar

Seit drei Viertel Jahren, allerdings mit erheblichen Unterbrechungen, sitzt eine deutsche Delegation in Paris, um dort mit den Franzosen über eine baldmögliche Räumung des Saargebietes zu verhandeln. Seit drei Viertel Jahren — und es ist ein bitterer Tropfen im Freudenbecher der Rheinlandräumung, wenn jetzt die Mitteilung kommt, daß die Verhandlungen nun bis auf weiteres, zum mindesten bis zum Oktober vertagt werden sollen. Ob dann doch noch ein besseres Resultat erzielt werden wird, erscheint um so zweifelhafter, als die Franzosen sich auf eine wirtschaftliche Beteiligung an den Saargruben ebenso festgelegt haben, wie auch, dem klaren Wortlaut der Versailler Bestimmungen gemäß, von Deutschland eine solche Beteiligung der Franzosen abgelehnt werden muß. Über die allmähliche Überleitung des Saargebietes aus seinem jetzigen Zustand als Teil des französischen Zollgebietes zurück unter das deutsche Wirtschafts- und Zollregime hätte man sich wohl einigen können, aber hinsichtlich der Kohlengruben bestehen noch deswegen besondere Differenzen, weil die französische Verwaltung der Bergwerke Pachverträge mit lothringischen Kohlenindustriellen eingegangen ist, denen auf Jahrzehnte hinaus der Abbau von Saarkohlen unter der Grenze hinweg eingeräumt worden ist. Auch deswegen wäre der saarländische Kohlenbergbau mit einer gütlichen Vereinbarung nach dem Westen und Süden, also besonders nach Lothringen hin, einverstanden, weil enge Beziehungen wirtschaftlicher Art schon seit Jahrzehnten bestanden haben, der Saar Kohle also an der reibungslosen Sicherung ihres Absatzes sehr viel gelegen ist. Aber das kann natürlich nicht geschehen auf Kosten der deutschen Hoheitsrechte im Saargebiet, zumal die dortigen Bergwerke überhaupt bis auf einen geringen Bruchteil Staatsbesitz waren.

Auf der zehnten Tagung des Bundes der Saarvereine in Trier ist nun aus sachverständigem Munde laut darüber gefaßt worden, daß die französische Bergwerksverwaltung die Kohlengruben an der Saar durch Aushau und durchaus mangelhafte Modernisierung außerordentlich entwertet habe; die Ertragsfähigkeit sei weit hinter der Steigerung zurückgeblieben, die z. B. im rheinisch-westfälischen Bergbau erreicht worden sei. Es würde also, wenn die Saar Kohlengruben wieder in deutschem Besitz sind, sich als sehr notwendig herausstellen, erst einmal größere Summen zwecks Modernisierung in die Werke hineinzustecken. Gegen 1920 haben daher die Gruben jetzt schon etwa ein Viertel ihres Wertes eingebüßt und diese Einbuße steigt von Jahr zu Jahr. Infolgedessen ist auch gar nicht daran zu denken, daß Deutschland für den Rückwerb der Saargruben die von der anderen Seite geforderten 240 Millionen Mark bewilligt.

Aber weit über diese rein wirtschaftlichen Differenzen geht doch, wie auf der Saarvereinstagung mit schärfster Entrüstung kritisiert wurde, nun das französische Verlangen hinaus, von einer Einigung über diese rein wirtschaftlich-zollpolitischen Fragen das Schicksal der Menschen im Saargebiet abhängig zu machen. Die Saarländer wollen baldigst wieder frei werden von der Fremdherrschaft, wollen sich nicht länger vom Völkerbund Landfremde als Regierende sehen lassen. Aber dieser Wille der Menschen an der Saar wird in Paris als etwas Unbedeutendes betrachtet. Obwohl man dort ganz genau weiß und offen eingesteht, daß bei einer Abstimung des Saargebietes, die ja 1935 erfolgen soll, ungefähr das gleiche Resultat sich ergeben würde wie 1920 in Ostpreußen: eine erdrückende Mehrheit für die Rückkehr des Landes nach Deutschland. Der auf der ersten Haager Konferenz gefaßte Beschluß, mit den gesamten Kriegsschicksalen auch die Saarfrage zu „liquidieren“, die Zusicherungen Briand und Tardieu dem deutschen Außenminister gegenüber ließen darauf hoffen, daß die politische Atmosphäre auch an der Saar bereinigt werden würde, die Menschen dort nicht mehr bloße Schachfiguren bleiben würden. Und man denkt vielleicht einen Augenblick daran, daß der heutige französische Ministerpräsident Tardieu es war, der 1919 seinem Herrn und Meister Clemenceau für die Friedensverhandlungen in Versailles eine Liste mit 150 000 Saarländern „beforgte“, die angeblich durchaus Franzosen werden wollten. Nun will Frankreich das Saargebiet möglichst teuer verkaufen, aber Deutschland kann nicht daran denken, jeden Preis zu zahlen, den man in Paris diktieren will. Und wenn auch die Menschen im Saargebiet dann ihren Willen und ihre Forderungen heute nicht in Erfüllung gehen sehen, so wollen sie doch lieber auf den Tag der Befreiung auch noch ein paar Jahre warten, als daß Deutschland, wenn auch zu ihren Gunsten, Zugeständnisse über die harten Bestimmungen des Versailler Diktats hinaus macht.

## Politische Rundschau

### Deutsches Reich

#### Die Nationalsozialisten bleiben in der thüringischen Regierung.

Staatsminister Dr. Frick wie auch Staatsrat Marschler werden die Forderungen aus der Annahme der Mißtrauensanträge nicht ziehen, sondern in der Regierung verbleiben. Der Thüringische Landtag ist in die Sommerferien gegangen, nachdem er noch mit den Stimmen der Regierungsparteien die Vorbedingungen für die am 7. Juli eintretende Verstaatlichung der thüringischen Polizei gutgeheißen hat.

#### Befreiungsfeier der Beamten.

Der Deutsche Beamtenbund veranstaltet im Namen seiner rheinischen, westfälischen, hessischen und pfälzischen Verbände am Sonntag, dem 13. Juli, in Mainz eine Befreiungskundgebung, bei der u. a. der Rektor der Universität Bonn, Professor Rönne, und der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Flügel, sprechen werden. Aus Anlaß der Befreiungskundgebung hält auch der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes, und zwar zum ersten Male außerhalb Berlins, am Sonnabend, dem 12. Juli, seine Sitzung in Mainz ab.

#### Nachwehen der Leipziger Osterunruhen.

Als Ergebnis der Untersuchung über die Vorgänge bei den Zusammenstößen zwischen der Polizei und der kommunistischen Jugend zu Ostern in Leipzig wird amtlich mitgeteilt, daß das sächsische Innenministerium dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Fleißner und dem Exekutivleiter, Oberst Franz, einen Verweis erteilt habe. Polizeioberst Franz habe mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand um seine Entlassung aus dem Polizeidienst gebeten, die ihm für Ende Juli bewilligt worden sei. Bei den damaligen Zusammenstößen war es zu schweren Kämpfen zwischen der Polizei und Mitgliedern der kommunistischen Jugend gekommen, denen mehrere Menschenleben zum Opfer gefallen waren.

### Frankreich

#### Frankreich und die Separatisten.

Über den Besuch des deutschen Botschafters von Hoesch bei Briand glauben französische Zeitungen mitteilen zu können, daß sich die Unterredung insbesondere auf die letzten Zwischenfälle im ehemaligen besetzten Gebiet bezogen habe. Die deutsche Regierung habe der französischen Regierung gegenüber die Verpflichtung übernommen, keine Vergeltungsmaßnahmen an den Verrätern Deutschlands während der Separatistenzeit zu üben. Die Deutschen rächen sich jetzt an den Freunden Frankreichs im Rheinland und an allen denjenigen, die in intimen Beziehungen zur Besatzungsarmee gestanden hätten. Frankreich habe die Pflicht, diese nach Möglichkeit zu schützen.

#### Aus In- und Ausland

Königsberg. Wie aus Goldap gemeldet wird, haben sechs polnische Flugzeuge ostpreussisches Gebiet überflogen. Trotz beträchtlicher Höhe konnten die Abzeichen der Flugzeuge mit dem Fernglas unzweifelhaft als polnische erkannt werden.

Helsingfors. Die Regierung Swinhufvud ist auf bürgerlicher Grundlage gebildet worden. Die Regierung wurde vom Präsidenten bestätigt.

## Brot nach Gewicht.

### Deutscher Reichstag.

(192. Sitzung.) CB. Berlin, 5. Juli.

Auf der Tagesordnung des Reichstages stand der Entwurf eines Brotgesetzes. Nach den Ausschlußbeschlüssen darf unter Verwendung von Mahlerzeugnissen des Roggens nur Brot hergestellt werden, das enthält 1. mindestens 97 Prozent Roggenmehl, das höchstens zu 60 Prozent ausgemahlen ist, oder 2. mindestens 97 Prozent Mahlerzeugnisse des Roggens, die zu 100 Prozent ausgemahlen oder geschrotet sind, oder 3. mindestens 80 Prozent Roggenmehl, das höchstens zu 60 Prozent ausgemahlen ist und höchstens 17 Prozent Weizenmehl oder Roggenschrot, wobei die Bestandteile an Mahlerzeugnissen des Roggens und Weizens zusammen 97 Prozent betragen müssen. Das letztere Brot darf nur in den Verkehr gebracht werden, wenn es als Mischbrot gekennzeichnet ist. Die weiteren Bestimmungen betreffen

#### das Gewicht des Brotes,

daß ein ganzes Vielfaches von 250 Gramm betragen muß.

Abg. Simon-Franken (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion trotz der Verschlechterungen, die die Vorlage im Ausschuß erfahren habe, dem Gesetz zustimme, weil mit dem Gesetz einer seit Jahren erhobenen Forderung nach gesetzlicher Festlegung des Brotverkaufs nach Gewicht entsprochen werde, und weil die Sozialdemokratie eine Förderung des Roggenverbrauches unterstützen wolle.

Abg. Hörnte (Komm.) beantragte, daß das Gesetz nicht gelten soll für das in den Genossenschaften hergestellte Brot.

Abg. Nieseberg (Dm.) tritt für die Schaffung

#### eines reinen Roggenbrotes

ein, um endlich dem Schwindel mit allen möglichen Beimischungen ein Ende zu machen. Durch die Änderung der Bestimmungen über den Brotverkauf nach Gewicht werde in die Verbraucherschaft unnötiges Mißtrauen gegen die Bäcker hineingebracht. Der Redner empfiehlt deshalb in einem gemeinsamen Antrag mit der Wirtschaftspartei die Streichung dieser Bestimmungen.

Abg. Frau Wurm (Soz.) bekämpft den Antrag Nieseberg. Die Aufrechterhaltung der Bestimmungen über das Gewicht sei die Voraussetzung für die Zustimmung ihrer Fraktion zu dem ganzen Gesetz.

Abg. Drewh (Wirtschaftspartei) erklärt, die Bestimmungen über das Gewicht seien technisch undurchführbar und würden zu Schikanen führen. Bei Aufrechterhaltung dieses Zucht-hausparagrafen würde die Wirtschaftspartei das Gesetz ablehnen.

Der Antrag auf Streichung der Bestimmungen über das Gewicht wird abgelehnt. Das Brotgesetz wird in der Ausschlußfassung in zweiter Beratung angenommen. Die dritte Beratung soll später stattfinden. Der

Haushalt des Reichstages wird ohne Aussprache in der Ausschlußfassung angenommen. Das Haus verlegt sich auf Montag; Haushalt des Finanzministeriums in Verbindung mit den Deckungsvorlagen.

## Die Parteiführerbefprechung.

### Die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Die Parteiführerbefprechung, die am Freitag abend im Reichstage stattfand, dauerte etwa zwei Stunden. Außer dem Reichskanzler nahmen die meisten Minister an der Befprechung teil. Von den Parteien waren anwesend für das Zentrum Perlittus und Esser, für die Volkspartei Scholz, für die Demokraten Meyer-Berlin, für die Wirtschaftspartei Drewh, für die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft von Vindeiner-Wildau und für die Bayerische Volkspartei Leicht.

Amtlich wird über die Befprechung mitgeteilt: In der Befprechung, welche der ersten Fühlungnahme der Regierung mit den Parteien diente, nahmen der Reichskanzler der Reichsfinanzminister sowie der Reichsarbeitsminister Gelegenheit, in längeren Ausführungen den Standpunkt der Regierung darzulegen und die Vorlagen im einzelnen zu erläutern und zu begründen. Die Fraktionsführer legten ihrerseits darauf die Auffassungen ihrer Parteien dar. Die Befprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Natürlich traten auf der ersten Befprechung die Gegenstände und Meinungen klar zutage, jedoch machte sich sowohl bei den Regierungsparteien wie bei der Reichsregierung der Wille zur Verständigung bemerkbar.

Dem Verhandlungsführer der Deutschen Volkspartei, dem Abg. Scholz, ist der Weg zu Ausgleichsverhandlungen mit dem Kabinett durch die Entschließung des Zentralvorstandes erschlossen worden. In politischen Kreisen wird die Entschließung dahin ausgelegt, daß sie direkt auf den ersten Versuch einer Verständigung mit dem Kabinett über das Deckungsprogramm abgestellt ist. Man glaube sich zu dieser Auslegung um so mehr berechtigt, als die Entschließung zweifellos unter dem Eindruck der Ausführungen zustande gekommen ist, mit denen Dr. Curtius die Notwendigkeit des vorliegenden Deckungsprogramms und sofortigen Handelns begründet. Man hofft in den Kreisen der hinter der Reichsregierung stehenden Parteien, daß es gelingt, bis Mitte d. M. zu einem tragbaren Kompromiß zu gelangen.

## Die Arbeitslosenversicherung in Reparatur.

### Neue Sätze und Wartezeiten.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurde die Beratung der Novelle zur Arbeitslosenversicherung fortgesetzt. Aber die Vorlage hinaus wurde beschlossen, daß

#### die Höhe der Arbeitslosenunterstützung

sich nicht nur nach dem Arbeitsentgelt, sondern auch nach der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung richten solle. So soll die volle Unterstüttung nur denjenigen Arbeitslosen gewährt werden, die in den letzten 18 Monaten vor der Arbeitslosenmeldung mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben. Andernfalls sollen nur die Sätze der Arriensfürsorge gewährt werden. Weitere Beschlüsse des Ausschusses betreffen die Fälle, in denen eine Hauptunterstützung der höheren Lohnklasse mit einer Unterstüttung des Ehegatten zusammenfällt. Ferner wurden

#### neue Wartezeiten

festgelegt. Sie sollen künftig 14 Tage bei Arbeitslosen ohne Angehörige, 7 Tage bei Arbeitslosen mit einem bis drei Angehörigen und drei Tage mit mehr Angehörigen betragen.

## Reichswirtschaftsrat über Bautätigkeit.

### Belebung unerlässlich.

Der im Reichswirtschaftsrat bestehende Ausschuß für Wohnungs- und Wohnungswesen hat einstimmig für die Belebung der Bauwirtschaft und die Hebung der Arbeitslosigkeit Leitfäden aufgestellt, die folgende Anregungen enthalten:

Für die Belebung der Bauwirtschaft sei die Weitererhebung der Hauszinssteuer unerlässlich. Der Wohnungs- und Ziehlungs-Ausschuß hält es aber für nötig, daß die noch bestehenden Rechtsunsicherheiten beseitigt, und die Forterhebung der Hauszinssteuer auf eine bestimmte Zeit begrenzt wird. Sodann wird auf die Bedeutung einer stetigen, die saisonmäßigen Schwankungen nach Möglichkeit ausschaltenden Beschäftigung im Baugewerbe für die Entwicklung der Baukosten hingewiesen. Schließlich fordert das Gutachten neben gesicherter Baufinanzierung Beseitigung des Unterschiedes zwischen Alt- und Neubauten.

Es werde sich als notwendig erweisen, den systematischen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft in den allgemeinen Bauplan von vornherein einzustellen und die Reichsregierung um Vorlage eines entsprechenden Gesetzes zu ersuchen, wobei selbstverständlich den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen Rechnung zu tragen sei.

Die Wohnungspolitik sollte in besonderem Maße auf Herabsetzung des Zinsfußes für Bau- und Hypothekengelder, auf Senkung der Baufertigstellungskosten und auf Vermeidung aller verteuern den Zwischenstellen bei den zuständigen Behörden gerichtet sein.

## Mißtrauensantrag

### gegen Dr. Frick angenommen.

Die Deutsche Volkspartei übt Stimmhaltung.

Nach stürmischer Aussprache fanden im Thüringischen Landtag Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten, der Kom-

munisten und des Demokraten Kallenbach gegen die nationalsozialistischen Mitglieder Staatsminister Dr. Frick und Staatsrat Marschler mit 25 gegen 22 Stimmen Annahme. Die Deutsche Volkspartei als Regierungspartei enthielt sich geschlossen der Stimme.

Nach der thüringischen Verfassung ist für den Rücktritt eines Ministers die Mehrheit der gesetzlichen Abgeordneten-zahl, 27 Stimmen, erforderlich. Da die Linksopposition nur 25 Stimmen vereinigen konnte, sind also die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für den Rücktritt des Staatsministers Dr. Frick noch nicht erfüllt.

## Erster Ausweis der Reparationsbank.

### Abchluß Ende Juni.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel veröffentlicht soeben ihren ersten Monatsausweis für den 30. Juni 1930. Die Bilanzsumme beträgt 1.085,72 Millionen Frank. Unter Aktiven wird der Kassenbestand mit 5,12 Millionen Frank ausgewiesen, die kurzfristig angelegten Gelder erscheinen mit insgesamt 494,07 Millionen Frank, Wechsel mit 239,29 Millionen Frank, Schatzwechsel mit 261,35 Millionen Frank und andere kurzfristige Anlagen mit 15,92 Millionen Frank. Die langfristigen Gelder belaufen sich auf 68,35 Millionen Frank. Das Eigenkapital bezieht sich andererseits unter Passiven auf 102,5 Millionen Frank, die dem Gegenwert der bis jetzt begebenen 164.000 Aktien mit 25prozentiger Einzahlung entsprechen. Ferner verfügt die Bank über die Treuhänder-annuitäten von 123,53 Millionen Frank und die Pflicht-einlage der deutschen Regierung von 123,53 Millionen Frank. Von den Sichteinlagen von insgesamt 268,43 Millionen Frank entfallen auf die Zentralbanken für eigene Rechnung 111,11 Millionen Frank und die Rechnung Dritter 153,68 Millionen Frank. Der unverteilte Erlös aus der internationalen 5½prozentigen Anleihe des Deutschen Reiches 1930 wird mit 438,20 Millionen Frank angegeben.

## Rheinlandfahrt des „Graf Zeppelin“.

### Landung in Köln.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ kam Sonntag vormittag kurz vor 7 Uhr von seinem Nachtflug ab Friedrichshafen über der Stadt Köln an und zog eine große Schleife. Fahrplanmäßig 7.15 Uhr landete das Luftschiff glatt auf dem Kölner Flugplatz und wechselte dort die Fahrgäste aus. Vom Boden aus begrüßte Oberbürgermeister Dr. Adenauer Dr. Edeker in der Führergondel mit Handschlag. Nachdem die Fahrgäste im Luftschiff Platz genommen hatten, begab sich der Zeppelin auf die Fahrt zum Rheinlandsbefreiungsflug. An Bord waren über 30 Fahrgäste, so daß sämtliche Plätze besetzt waren.

Der Start des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ zur Fahrt nach Köln war auf Sonntagabend 22 Uhr angesetzt. Die Fahrgäste waren bereits in der Luftschiffhalle in Friedrichshafen eingetroffen, aber infolge Gewittermeldungen mußte die Abfahrt um eine Stunde verschoben werden. Das Luftschiff stieg dann um 23.25 Uhr unter Führung von Dr. Edeker bei dunkler Nacht auf und verschwand in westlicher Richtung.

## Ballonabstürze beim Rheinlandbefreiungsflug.

Zahlreiche Personen verletzt.

57 Sportflugzeuge und eine Reihe von Freiballons nahmen an dem großen Rheinland-Befreiungsflug, der in Köln seinen Anfang nahm, teil. Leider ereigneten sich schon kurz nach dem Start mehrere schwere Unfälle.

Die Freiballons gerieten in einen schweren Gewittersturm und drei von ihnen stürzten ab: Der Ballon „Köln“ über dem Dorfe Poll, ein anderer Ballon über dem Dorfe Enfen und der Ballon „Gelsenkirchen-Buer“ bei Gile. Bei den Abstürzen wurden mehrere Personen teils schwer, teils leicht verletzt. Der Führer des Ballons „Köln“ erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Der Ballon war auf ein Dach gefallen, und zwar so heftig, daß zwei Gebäude schwer beschädigt wurden. Unter der Bevölkerung riefen die Abstürze große Erregung hervor.

## Briand zu den Rheinlandtumulten.

Beschwerde beim deutschen Botschafter.

Der französische Außenminister Briand hatte eine Zusammenkunft mit dem deutschen Botschafter von Hoersch. Anlaß war eine Besprechung über die Saarfragen. Diese allein blieben aber nicht Gegenstand der Besprechung. Briand hat die Gelegenheit benutzt, um seinem Bedauern über die Ausschreitungen gegen ehemalige Separatisten im befreiten Gebiet Ausdruck zu geben. Nach einer vom amtlichen Bureau Savas verbreiteten Darstellung hat Briand darauf hingewiesen, daß diese Ausschreitungen im Gegensatz ständen zu den Vereinbarungen, die die alliierten und deutschen Behörden getroffen hätten, um allen Repressalien gegen die Personen vorzubeugen, die zum Befreiungskorps in Beziehungen gestanden hätten. Briand habe andererseits die Konsularbehörden angewiesen, ihn dringend und sehr genau über die von der französischen und deutschen Presse gemeldeten Tatsachen zu unterrichten.

Ein großer Teil der französischen Presse nimmt in scharfer Weise gegen die Vorverurteilung in den befreiten Gebieten Stellung und scheut sich nicht, den deutschen Sicherheitsbehörden eine Mitschuld anzudichten.

## Amerika und Deutschland.

Rede des deutschen Botschafters.

Am Sonntagmittag hielt der deutsche Botschafter in Washington, Dr. von Brittwik und Gaffron, eine Rundfunkrede über die deutsch-amerikanischen Beziehungen, die über ganz Amerika verbreitet wurde. In seiner Rede ging der Botschafter auf die sich immer mehr vertiefende Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika ein. Diese sei in erster Linie durch die großen Fortschritte in der Technik bedingt, vor allem auf dem Gebiete des Rundfunkwesens, des Luftschiffbaues und der Flugzeugtechnik. Sodann dankte der Botschafter dem amerikanischen Volk für den freundlichen Empfang deutscher Touristen und Professoren, die zu Studien-zwecken nach Amerika kämen. Nicht nur die Interessengemeinschaft, sondern auch die Ideengemeinschaft verbanden die beiden Nationen. Hierbei erwähnte der Botschafter die großen Verdienste des Generals Steuben um den Sieg der Amerikaner im Unabhängigkeitskrieg sowie die Tätigkeit des Generals Baron von Kalb während der amerikanischen Revolutionskämpfe.

## Die Deutschen in Bolivien gefährdet.

Plünderungen befürchtet.

Nach übereinstimmenden Berichten aus Buenos Aires ist die Lage der in Bolivien lebenden Deutschen prekär. Infolge der Bewegung gegen den aus Deutschland stammenden General Kunt wird die Volks-

wut gegen alle Deutschen. Die Mitglieder der deutschen Kolonie begaben sich ins Außenministerium und suchten um Schutz für ihre Privat- und Geschäftsbauern nach, da sie Plünderungen befürchteten. Das Ministerium forderte eine Erklärung, daß die deutsche Kolonie von Kunt ab-rückte und sich nicht in bolivianische Verhältnisse einmische. Die Erklärung wurde zugestanden. Die Wohnung Kunts wurde von der wütenden Volksmenge geplündert und völlig ausgeräumt. Kunt hält sich weiterhin in der deutschen Gesandtschaft auf.

## Kriegsgefahr in aller Welt.

### Die Kirche soll eingreifen.

Auf einem Festessen der englischen nationalen Kirchen-gemeinden in Bournemouth hielt Lord George eine Rede, in der er u. a. erklärte, daß die Zukunft der Menschheit von einer vollen Verständigung zwischen England und den Vereinigten Staaten abhängt. In allen Ländern der Welt würden gegenwärtig Vorbereitungen für einen Krieg getroffen. Europa, Asien und Amerika besäßen heute eine größere Anzahl ausgerüsteter Mannschaften als vor dem Weltkrieg. Außer Deutsch-land und anderen Ländern, die zur Abrüstung gezwungen wurden, sei England das einzige Land, das seine Streitkräfte freiwillig auf die Vorkriegsstärke herabgesetzt habe. Es seien Pakte geschlossen und Verträge unterzeichnet worden, in denen es heiße, daß nie wieder Krieg sein dürfe. Gleichzeitig würden aber große Summen ausgegeben für einen Fall, der nie eintreten solle. Die Zeit sei da, wo die Kirche eingreifen müsse.



Deutsche Journalistin in einem jugoslawischen Gefängnis gefoltert.

Die deutsche Schriftstellerin Jolde Reiter, von der in einem Belgrader Gefängnis unter furchterlichen, grauenhaften Martern ein falsches Geständnis über den angeblichen Landesverrat eines jugoslawischen Abgeordneten erpreßt wurde.

## Lokales und aus der Nachbarschaft.

Salver, den 7. Juli 1930.

### Wohin geht die Reise?

Die Hauptreisezeit hat begonnen, aber viele von denen, welche reisen können und reisen wollen, wissen auch in zwölfter Stunde noch nicht, wohin sie eigentlich reisen sollen und reisen möchten. Und das Endergebnis ist, daß sie sich „falsch orientieren“ und nach der Reise furchtbar schimpfen, weil sie von Rechts wegen ganz woanders hin hätten reisen müssen. Es ist also besser, wenn man die Sache schon vorher ein bißchen genauer erwägt und nach gewissen „Richtlinien“ auf die Reise geht. Oberster Grundsatz ist oder sollte sein, die Ferien zweckmäßig anzuwenden und dem Körper wirklich Gelegenheit zu geben, sich auszuruhen und für künftige Anstrengungen neue Kräfte zu sammeln. Aber auch wichtig ist in jedem Falle ein Wechsel des „Milieus“: heraus aus der gewohnten Umgebung, Unterbrechung der gewohnten Tätigkeit, grundlegende Änderung der gewohnten Lebensweise. Am besten ist's schon, man geht dort hin, wo man ziemlich gewiß sein darf, nicht allzu viele Bekannte anzutreffen. Wer zu Hause ein unregelmäßiges, von Hast gepeinigtes Berufsleben führen muß, der tut gut, wenn er wenigstens für ein paar Wochen seinen Tag ordnungsgemäß einteilt und sich an Pünktlichkeit gewöhnt. Bedenktliches ist da nicht immer zu verhindern, aber das schadet gar nichts. Nun gibt es viele Menschen, die sich nicht lange an einem Orte aufhalten können, denen ein wochenlanges Verweilen am Strande oder in einem Gebirgsort langweilig wird. Diesen Zwischenfall muß gesagt werden, daß ein halbtägiges Zagen von Ort zu Ort, ein sprunghaftes Genießen aller möglichen Sehenswürdigkeiten und Darbietungen meist vom Übel ist, wenn nicht von Zeit zu Zeit ein paar vernünftige Pausen zu wirklicher Entspannung eingeschaltet werden. Die meisten Fehler werden jedoch dann gemacht, wenn man sich über die klimatischen Besonderheiten des gewählten Erholungsanlaufes nicht im klaren ist. Da wählt einer mit zartem Organismus ein Hochgebirgsklima oder scharfe Seeluft und fühlt sich natürlich bald unbehaglich, weil er das Klima nicht vertragen kann. Einem andern aber, der kräftig und widerstandsfähig ist, wird vielleicht eine dauernd lauliche, linde, weiche Luft rasch zum Überdruß. Das alles ist zu erwägen und zu überlegen, bevor man auf die Reise geht, und wer noch nicht unterwegs, sondern erst noch „im Begriffe“ ist, der fange mit dem Erwägen und Überlegen sofort an, sonst vergeht ihm der Sommer mit Ärger.

## Salver

—I Salver ohne Wasser. Am Samstag abend gegen 8 Uhr versagte unser Wasserwerk in der Wasserlieferung. Der Grund in dieser Störung sollte darin zu suchen sein, daß die elektrische Stromzufuhr versagte und das Pumpwerk nicht arbeiten konnte. Obwohl die Arbeiter vom kommunalen Elektrizitätswerk sofort an die Arbeit begaben um die Fehler am Kabel zu beseitigen, dauerte es bis Sonntag abend gegen 9 Uhr ehe wieder Wasser vorhanden war. Was es heißt herumzuvanzig und noch mehr Stunden ohne Wasser zu sein, das konnten die Haushaltungen am Sonntag morgen so recht erfahren. Allenthalben sah man Frauen, Männer und Kinder mit Eimer und sonstigen Gefäßen zu den nächstliegenden Haus-pumpen eilen um dort das nicht zu entbehrende Naß zu holen. Zum Glück haben noch ein Teil von Hauseigen-tümern ihre Pumpen und Brunnenanlagen nicht ver-worfen und man sieht im vorliegenden Falle, daß sie recht getan haben. — Diese lange Störung sollte der Wasser-werkskommission doch ernstlich zu denken geben und die Aufstellung eines Reserve-Motors zu veranlassen, damit bei derartigen Fällen derselbe in Tätigkeit treten kann. Welch großes Unglück und Schaden hätte entstehen können, wenn im Orte ein Brand ausgebrochen sei und gerade bei der langen Trockenheit, die uns dieser Sommer gebracht,

—I Feuer auf dem Festplatz an der Karlshöhe. Am Samstag nach Schluß des Militärkonzerts im Saale der Karlshöhe gegen 11 Uhr erscholl Feueralarm. Das Hippo-drom auf dem Festplatz stand in hellen Flammen. Das Feuer griff derart schnell um sich, daß nach kurzer Zeit der ganze Aufbau zusammenstürzte und vollständig verbrannte. Die Windrichtung war günstig, sodaß der Funkenregen nicht den anderen Gebäuden schadete. Nur die Wohnwagen des Besitzers standen in unmittelbarer Nähe und mußten ab-gerückt werden. Eine in der Reithalle aufgestellte Kohlen-jäureflasche explodierte unter gewaltiger Detonation. Von den umherliegenden Stücken wurden einige Personen leicht verletzt. Die inzwischen erschienene Feuerwehr konnte dem Brande infolge Fehlens jeglichen Wassers, nicht Einhalt gebieten. Eine unzählige Menschenmenge war herbeige-strömt um dem schaurig-schönen Bilde beizuwohnen. Den Besitzer Kronenberg trifft ein empfindlicher Schaden, da der Aufbau nicht in voller Höhe versichert war.

## Schalksmühle

—I Jubiläum. Der Schmied Gust. Bremeker hier selbst, Bergstr. konnte in diesen Tagen auf eine 25-jährige Tätigkeit bei der Firma Karl Falkenroth Söhne zurückblicken. Die Firma und seine Arbeitskollegen ehrten den Jubilar durch Ueberreichung von sinnreichen Ge-schenken.

## Kierspe-Bhf.

—b Bereits vor einigen Tagen wurde an dieser Stelle auf die hier herrschende Wasserknappheit hingewiesen. Hier-zu sei jetzt noch einiges gesagt. Nachdem man festgestellt, daß die Quellen im oberen Wehetale in ihrer Wassergie-bigkeit sehr nachließen, wurden die notwendigen Nachprü-fungen angestellt. Die Zuleitungen wurden in ihrer ganzen Länge in einer Tiefe von ca. 2,50 m bis an die 3 vor-handenen Brunnen aufgeworfen. Hierbei mußte man fest-stellen, daß die Sickerleitungen durch eingedrungene Wur-zeln total zugewachsen waren. Die Wasseranlage wurde in den Jahren 1912-13 gebaut und war seit dieser Zeit keiner durchgreifenden Reinigung unterzogen worden. Durch diesen Uebelstand gingen der Brunnenanlage große Mengen wert-vollen Wassers verloren. Eine größere Zahl von Er-werkslosen konnte in mehrtägiger Arbeit die Rohre frei-legen. Die schadhaften Rohre wurden ausgewechselt und die übrigen gereinigt und neu verlegt, und zwar in einer Weise, daß ein Zuwachsen wohl für die Zukunft aus-geschlossen sein dürfte. Durch diese Reinigung wurde der Zufluß wieder auf seine alte Menge gebracht, sodaß ein erheblicher Teil Wasser mehr zur Verfügung steht. Aber immerhin ist die Menge nicht so groß, daß allen Anforde-rungen Rechnung getragen werden kann. Es ist deshalb beabsichtigt, um evtl. sonst noch vorhandene Fehler zu beheben, demnächst sämtliche Quellgebiete einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Nebenbei haben die ver-antwortlichen Herren des Wasserwerkes und der Gemeinde nichts unversucht gelassen, weitere Wassermengen zu sichern. In den allernächsten Tagen sollen an einer von Wasser-fachleuten als wasserreich bezeichneten Stelle Versuchs-bohrungen ausgeführt werden. Falls sich hier genügend Wasser finden sollte, wird man mit Beschleunigung an den Ausbau und die Durchführung dieses Projektes herangehen. Da sich die maßgebenden Kreise über die Notwendigkeit klar ist, wird an ein Hinausschieben nicht mehr zu denken sein. Die anhaltende Trockenheit wird vorerst den Wasser-mangel noch weiter vergrößern, deshalb ist es Pflicht eines jeden Bürgers mit dem vorhandenen Wasser äußerst sparsam umzugehen. Man hat, um eine gleichmäßige Wasserzuführung zu ermöglichen, eine Rationierung vor-genommen. Der untere Teil des Ortes bis zur Firma Kattwinkel und Kubbier kann morgens von 6-12 Wasser entnehmen, während später bis zum Abend dem oberen Teil des Ortes und der Hochstraße das Wasser zugeleitet wird. In dieser Zeit darf nur das notwendige Wasser entnommen und nicht solche Mengen aufgespeichert wer-den, die am anderen Tage wieder fortgeschüttet werden müssen.

—b Verkehrsunfall. Auf der Provinzialstraße Mei-nerzhagen-Kierspe-Bhf. ereignete sich am Sonntagnach-mittag ein Verkehrsunfall. Ein aus Richtung Meinerz-hagen kommender Motorradfahrer, welcher eine Dame auf dem Sozius mitführte, wurde von einem Schnellast-wagen überholt, welcher mit Mannschaften der Heils-armee besetzt war. Hierbei wurde der Motorradfahrer der-art angefahren, daß er stürzte. Der Schnellastwagen da-gegen entfernte sich, ohne sich um den Vorfall zu kümmern. Der Motorradfahrer kam mit leichteren Verletzungen da-von, während die Dame erhebliche Fleischwunden an den Füßen davontrug. Außerdem schienen sie noch innere Ver-letzungen davongetragen zu haben. Die Insassen des Schnellastwagens hatten inzwischen in der Nähe von Tan-nenbaum den Fahrer zum Halten gezwungen, der dann zur Unfallstelle zurückgeführt wurde. Ein hinzugerufener Arzt leistete die erste Hilfe und wurden die Verletzten mit-tels eines hiesigen Tagewagens in ihre Heimat befördert, da das Motorrad erheblich beschädigt war.

—b Völlme, 7. Juli. Mit den riesigen Menschenmassen die am vergangenen Sonntag wieder an der Jubach-sperre weilten, sind auch diejenigen Leute gekommen, die auf Diebstähle abgesehen haben. So wurden zwei jungen Leuten, die sich zum Baden ins Wasser begeben hatten, während ihrer Abwesenheit aus den Kleidern die Geldbörsen und dem einen auch eine wertvolle Armbanduhr gestoh-len. Die an der Talsperre anwesenden Polizei- und Land-jägerbeamten wurden sofort verständigt; doch waren deren Nachforschungen leider ohne Erfolg. Es dürfte auch schwer fallen die Täter zu fassen. Dieser Vorfall dürfte man-chem zur Warnung dienen; denn bei einem solchen Bades-betrieb darf man seine Kleidungsstücke nicht ohne Auf-sicht liegen lassen.

—b Völlme, 7. Juli. Ertrunken. Am gestrigen Sonn-tag forderte die Jubachtalsperre bereits wieder ein Opfer und zwar ertrank beim Baden in der Talsperre ein junger Mann aus Altena. Drei aus Altena stammende junge Männer hatten eine mehrtägige Wanderung unternommen und kamen auf derselben auch an die Jubachsperre. Man ging nun zu dreien ins Wasser um ein Bad zu nehmen. Zwei der jungen Leute schwammen sofort hinaus in die Sperre, während der dritte vorerst noch in der Nähe des Landes badete, weil er nicht schwimmen konnte. Nach-dem die beiden Schwimmer ans Land zurückkehrten, ver-mißten sie ihren Freund. Man stellte Nachforschungen an, die jedoch vergebens waren. Nach einigen Stunden benach-richtigte man die anwesende Polizei, die dann sofort auf zwei Booten die Stelle absuchte, an welcher die drei jun-gen Leute ins Wasser gestiegen waren. Mit Hilfe von Ketten und Stangen wurde dann auch bald der Ertrunkene erfaßt und an Land gebracht. Herr Dr. med. Schrieber sowie Mannschaften der Sanitätskolonne Kierspe-Bhf. stell-ten Wiederbelebungversuche an, die leider ohne Erfolg

## Wissen und Glaube.

### Wirtschaftliche Wochenschau.

Wo unser Wissen aufhört, fängt der Glaube an. Wenn wir an etwas glauben, zu etwas Vertrauen haben, so stützt sich dieses unser Vertrauen nicht auf eine beweis-mäßige Überzeugung, sondern mehr auf eine gefühlsmäßige Einstellung. Wir glauben und vertrauen nicht, weil wir wissen, sondern trotzdem wir nicht wissen. Das Vertrauen muß an Stelle der Ungewißheit treten, soll nicht eine Leere entstehen. Das Vertrauen in die Wirtschaft, der Kredit, trägt immer ein gewisses Moment der Ungewißheit in sich, das aber nur latent ist, dessen Nachteile überwunden sind zugunsten der gefühlsmäßigen Zuversicht. Solchen Kreditbedarf bedarf unsere Wirtschaft zu ihrer Aufrechterhaltung in hohem Maße. Die Wertverschiebungen, die mit dem Rückgang der Preise und der Verschärfung verbunden sind, haben Ungewißheit über das Ausmaß dieser Verschiebungen und ihrer Wirkungen auf die einzelnen Wirtschaftseinheiten und Wirtschaftsprüfung erzeugt, eine Ungewißheit, die zur Zurückhaltung gegenüber langfristiger Kapitalanlage geführt hat. Die Reichskreditgesellschaft legt in ihrem sechsten erschienenen Halbjahresbericht dar, daß, sobald die Grenzen dieser Wertverschiebung erkennbar sein werden und sich ergibt, welche Wirtschaftsprüfung im Verlauf der Umstellungen an Zukunftsaussichten gewonnen, welche verloren haben, das große Angebot an verfügbaren Geldern dem Kapitalmarkt zugute kommen, die Kapitalversorgung erleichtern und das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt herabmindern wird. Vertrauen aber kann nicht künstlich geschaffen werden. Es beruht auf der Fähigkeit und Entschlossenheit des Schuldners, seinen Verpflichtungen in jedem Falle nachzukommen, und wird daher von der Ordnung in seiner Wirtschaftsprüfung stark beeinflusst. Geordnete Finanzen, öffentliche wie private, sind die besten Vertrauenswerber.

Die Ordnung der öffentlichen Finanzwirtschaft ist daher das Hauptfordernis für eine Wirtschaftsprüfung und sie wird letzten Endes nicht so sehr durch eine Erhöhung der öffentlichen Einnahmen zu erreichen sein, denn die Steuerkraft und Steuerfähigkeit der Wirtschaft ist erschöpft, als durch eine Lösung von der Ausgabenseite her. Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben und Arbeiten um jeden Preis wären natürlich ganz verfehlt, denn diese Ausgaben bringen ja Arbeit und Brot, sie rufen Nachfrage hervor, kurz, sie dienen all den Zielen, die wir jetzt so dringend anstreben. Deswegen darf die Hoffnung auf spürbare Wirtschaftsprüfung durch gesteigerte Auftragserteilung von Seiten öffentlicher Stellen nicht als gegenstandslos bezeichnet werden. Die Auftragserteilung allein aber macht es freilich nicht, sondern es ist dazu notwendig, daß durch Preis- und Lohnpolitik eine erfolgreiche Konjunkturpolitik getrieben werden kann. So ist jetzt durch den bekannten Schiedsspruch die Frage brennend geworden, ob es durch bewußte Eingriffe in die Preis- und Lohngestaltung möglich ist, die Depression in möglichst kurzer Zeit zu überwinden. Zu einer Produktionsverbilligung in der Weiterverarbeitung sucht man durch Herabsetzung der Herstellungskosten zu gelangen, um gleichzeitig durch Ermäßigung der Preise im Fertigwarengeschäft den Absatz zu fördern. Von Arbeitnehmerseite wird nun aber darauf hingewiesen, daß die Preise niemals prozentual im gleichen Umfang wie die Löhne steigen oder fallen, weil die Lohnkosten nur einen mehr oder weniger großen Anteil an den Herstellungskosten ausmachen. Man steht deshalb auf dieser Seite der Aktion ziemlich mißtrauisch gegenüber und es ist noch nicht abzusehen, ob der Schiedsspruch nicht noch schwere Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens durch neu entfachte Lohnkämpfe bringen wird.

Dr. S.

## Neue Wege der Berufsauflese.

Neuerungen im Schulaufbau und im Berechtigungsverfahren.

Schul- und Arbeitsverwaltungen, Kommunalverbände und Wirtschaftsvertretungen hatten sich auf Einladung des Reichsministeriums des Innern unter dem Vorsitz von Reichsminister Dr. Wirth zu einer Aussprache über die Mißstände zusammengefunden, die durch die Überfüllung der höheren Schulen und Hochschulen und die Überspannung und Unzureichendheit der Vorbildungsanforderungen entstanden sind. Wie Dr. Wirth ausführte, haben die Unterrichtsverwaltungen innerhalb ihres Geschäftsbereiches und gemeinsam in dem beim Reichsministerium des Innern bestehenden Ausschuss für das Unterrichtswesen sich mit der Frage beschäftigt, ob und inwiefern durch Maßnahmen der Schulverwaltungen die Entwicklung der Bildungs- und Berufsauflese in gesunderen Bahnen gelenkt werden kann. Sie sind dabei zu der Einsicht gekommen, daß den vorhandenen Mißständen nur in enger Fühlung mit den Wirtschaftsprüfung freigegeben werden kann.

Frau Ministerialrat Dr. Bäumer behandelte dann in einem längeren Referat die von dem Reichsministerium des Innern vorgelegten Richtlinien. Der gegenwärtige Zustand zur höheren Schule und Hochschule bedeutet für einen sehr großen Teil der Schülerschaft eine falsche Verwertung ihrer Kräfte, eine Verschwendung von öffentlichem und privatem Erziehungskapital, den Zufluß halbbildeter und in ihrer Schullaufbahn gescheiterter Kräfte in die Wirtschaft und die Schaffung eines geistigen Proletariats. Die Mittel, die von den Unterrichtsverwaltungen der Länder angewendet werden können: Verschärfung der Auflese, vor allem aber Ausbau des Volksschul- und des Fachschulwesens und Festigung der Mittelschule, werden jedoch die Vorurteile der Bevölkerung zugunsten der höheren Schule nur dann überwinden, wenn die Bevölkerung davon überzeugt ist, daß auch auf diesen Bildungswegen sich angenehme, ja sogar bessere Berufsaussichten eröffnen. Das Reichsministerium des Innern hat den Unterrichtsverwaltungen eine Vereinbarung vorgelegt, nach der die Gleichwertigkeit einer auf zehn Jahre erweiterten Volksschule, einer preussischen Mittelschule, einer auf der Volksschule aufbauenden Fachschule mit der Obersekundarstufe der höheren Schule von den Unterrichtsverwaltungen anerkannt wird. Diese Vereinbarung, die vor dem Abschluß steht, wird allerdings nur dann praktischen Erfolg haben, wenn auch die Wirtschaft bei der Einstellung dieser jungen Kräfte von der Gleichwertigkeit dieser Bildungsgänge ausgeht und das unberechtigte Monopol der höheren Schule ihrerseits aufhebt.

Reichsminister a. D. Dr. Hamann erklärte sich vom Standpunkt der Wirtschaft aus mit den aufgestellten Richtlinien einverstanden. Er führte aus, daß in der Wirtschaft sich in steigendem Maße die Erkenntnis verbreitet, daß eine gute abgeschlossene Volksschulbildung brauchbarer und wertvoller sei als die abgeschlossene Bildung der höheren Schule. Überhaupt sehe sich die Schätzung der in sich abgeschlossenen Bildungs-

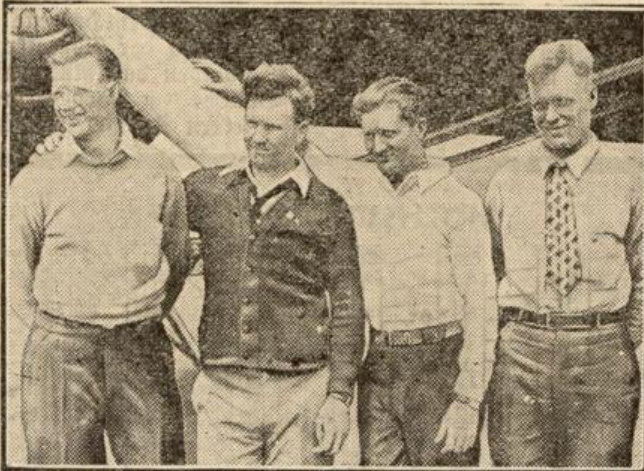
# Ueber drei Wochen in der Luft

## Refordleistung von Mensch und Maschine.

Die Dauerflieger Hunter endlich gelandet.

Die Brüder Hunter sind nach einem Dauerflug von 554 Stunden in der Nacht zu Sonnabend in Chicago gelandet. Sie sahen sich zur Landung gezwungen, weil die Ventile und die Leitung ihres Flugzeuges verstopft waren. Insgesamt haben die Flieger eine Strecke von 66360 Kilometer zurückgelegt, wobei 223mal Verbindung mit dem Flugzeug, das sie mit Brennstoff versorgte, aufgenommen wurde. Die Dauerflieger verbrauchten während ihres Refordfluges 30 520 Liter Gasolin und 1600 Liter Öl.

Was menschliche Energie zu leisten vermag — die beiden Brüder Hunter aus Chicago haben es aller Welt gezeigt. Man mag einen solchen Refordflug, der 23 Tage dauert und bei dem immer nur ein eng um-



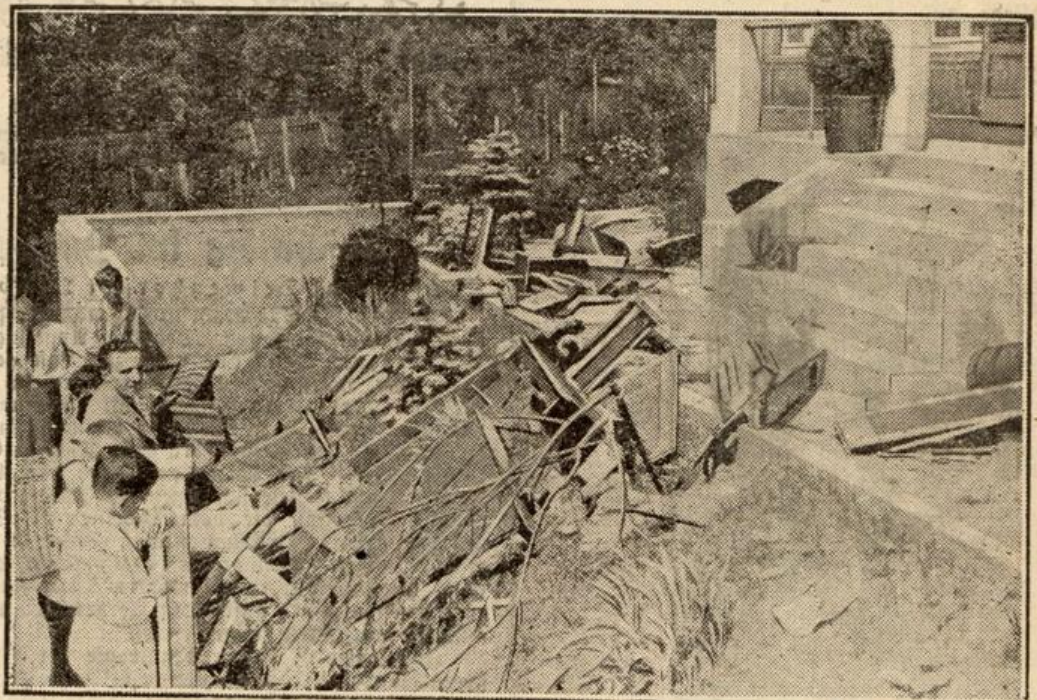
Die vier Gebrüder Hunter.

grenztes Gebiet überflogen wird, für Wahnsinn halten, man mag die 23 Flugtage als einen großen Aufwand, der nutzlos veran ward, ansehen — bewundern müssen wird man diese fast übermenschliche Leistung trotz alledem. In ihrem engen Flugzeug, der „City of Chicago“, saßen John und Kenneth Hunter zwischen übereinandergeschichteten Benzinkanonen und hatten drei Wochen lang kaum die Möglichkeit, sich zu bewegen. Sie konnten weder richtig schlafen noch richtig essen und lebten in den letzten Tagen ihres Fluges fast nur noch von schwarzem Kaffee. Dazu kam noch, daß während des Fluges allerlei Flugzeugreparaturen notwendig waren, Reparaturen, die der eine der beiden waghalsigen Brüder mit akrobatischer Geschicklichkeit und unter Lebensgefahr ausführte, indem er wiederholt auf die Tragflächen des Flugzeuges stieg.

### Die Aufnahme von Betriebsstoff

aus dem Begleitflugzeug, das von Albert und Walter Hunter, zwei Brüdern der Dauerflieger, geführt wurde, war oft mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Trotzdem wurde der Flug nicht abgebrochen, und wenn es allein nach dem Ehrgeiz der Refordflieger gegangen wäre, wären sie einen ganzen Monat in der Luft geblieben. Aber der Mensch wurde schließlich von der Maschine überwunden: sie wollte nicht mehr mitmachen und stellte den Betrieb ein. — Fragt man nach dem praktischen Wert

derartiger Refordflüge, so erklären die Flugkundigen, daß auch Flüge dieser Art der Weiterentwicklung des Flugzeugwesens zugute kommen. Der Vale kann da nicht mit sprechen und dürfte von dem Nutzen solcher Flüge sich nicht so leicht überzeugen lassen. Etwas anderes freilich ist es mit den Dauerflügen überhaupt. Wenn ein Flugzeug sich fast vier Wochen hintereinander in der Luft halten kann, so kann man das Fliegen heute schon als sicher bezeichnen, und die Zeit wird kommen, wo vor allem das Postflugzeug im Dauerflug über weite Land- und Wasserstrecken fliegen wird. Im übrigen sollen Dauerflugversuche von der Art des Fluges der Brüder Hunter in kurzem auch in Deutschland durchgeführt werden.



Sturm auf Separatistenhäuser auch in Mainz, wo — wie in anderen Orten des jetzt befreiten Rheinlandes — Separatistenwohnungen und Läden von Separatisten von der empörten Bevölkerung gestürmt und ihr Mobiliar zerhackt auf die Straße geworfen wurde.

gange von allgemeinbildenden Schulen und Fachschulen mehr und mehr durch.

In der Aussprache wurde die Dringlichkeit der behandelten Fragen von allen Seiten bestätigt. Die Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, des Vereins Deutscher Ingenieure u. a. sagten die Unterstützung der Wirtschaft zu. Die Richtlinien des Reichsministeriums des Innern wurden mit geringen Änderungen angenommen.

## Aufgaben des genossenschaftlichen Getreideabfahes.

Der direkte Weg zum Verbraucher.

Auf der Tagung der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Stuttgart sprach Landesökonomierat Bopp (München) über das Thema: „Aufgabe und Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaften für die rationelle Gestaltung des Getreideabfahes“. Aufgabe des genossenschaftlichen Getreideabfahes, so führte der Referent aus, sei nicht der Verkauf des Getreides schlechthin, sondern die Erzielung eines

besseren Preises für den Bauern,

als er solchen ohne Mitwirkung der Genossenschaft erhalten würde. Zur Erreichung dieses Zieles müsse, so weit wie irgend möglich, der direkte Weg vom Erzeuger zum Verbraucher gegangen werden. Die rationelle Gestaltung des Getreideabfahes bedinge aber auch einen entsprechenden

Kundenkreis als Abnehmer

sowie eine größere Anpassung der Landwirtschaft an die Marktwirtschaft. Die genossenschaftliche Betätigung sei heute aus dem Getreidemarkt nicht mehr wegzudenken. Die Preise für Getreide wären wohl noch tiefer gefallen, wenn nicht die landwirtschaftlichen Genossenschaften, teilweise unter Opfern, eingegriffen hätten. Nicht die Gründung neuer Absatzorganisationen, nicht Zersplitterung, sondern größere Konzentration der Kräfte und zielbewußter Ausbau der vorhandenen Einrichtungen bringe Erfolg. Der Referent betonte sodann die Notwendigkeit ausreichender Zollschutzmaßnahmen und die Regelung der gesamten deutschen Getreideein- und -ausfuhr durch eine Hand.

## Der Freund der Sklareks.

Urteil im Prozeß Brolat gegen die Rote Fahne.

Im Beleidigungsprozeß des Direktors der Berliner Verkehrs A.-G., Brolat, gegen drei Redakteure der Roten Fahne, die Brolat beschuldigt hatten, von den Brüdern Sklarek gekauft worden zu sein, die Stadt Berlin um Millionenbeträge betrogen zu haben und vor dem Kriege als einfacher Arbeiter Metallstahlfabrik begangen zu haben, wurden die Angeklagten zu 500, 600 und 400

Mark Geldstrafe bzw. 25, 40 und 20 Tagen Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung führte der Einzelrichter aus,

Brolat könne wegen seiner Freundschaft mit den Sklareks kein Vorwurf gemacht werden, der Belzlauf sei aber nicht ganz harmlos gewesen.

Brolat habe zumindest ungeschickt und unüberlegt gehandelt. Zweifellos habe sich Brolat vom Arbeiterstand entfernt; er sei nicht mehr im Sinne des Proletariats Sozialist. — Die Polizei hatte umfangreiche Vorforschungsmaßnahmen getroffen, die sich jedoch als unnötig erwiesen. Die Sitzung verlief vollkommen ruhig.

## Das Lübecker Säuglingssterben.

Abschluß der amtlichen Untersuchung.

Im Auftrage des Reichsinnenministers werden die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung über die Ursachen des Lübecker Kindersterbens bekanntgegeben. Der Leiter der bakteriologischen Abteilung des Reichsgesundheitsamtes ist zu der Ansicht gekommen, daß das Calmette-Mittel selbst nicht schuld an den Todesfällen ist. Offenbar ist in Lübeck bei der Behandlung des Calmette-Präparates inkorrekt verfahren worden. Anscheinend sind Verunreinigungen vorgekommen und man hat es bedauerlicherweise auch unterlassen, bei den ersten Zeichen eines Mißerfolges die Behandlung abzubringen.

## Kriegsschiffe auf Besuch.

Die ersten fremden Großkampfschiffe seit dem Kriege.

Ein amerikanisches Geschwader, bestehend aus den Linienschiffen „Arcansas“, „Florida“ und „Utah“, ist in den Kieler Hafen eingelaufen. Auf der Höhe von Friedrichsort wurde der Landesgallat geschossen. Zu Ehren der ausländischen Gäste werden verschiedene Festlichkeiten abgehalten. Die Schiffe werden bis zum 7. Juli in Kiel bleiben.

Sie sind die ersten fremdbländischen Großkampfschiffe, die seit dem Kriege deutsche Häfen anlaufen.

Ferner ist auf der Reede von Danzig ein englischer Kreuzer und vier großer Zerstörer, bestehend aus einem Kreuzer und vier großen Zerstörern. Die Offiziere der Schiffe wurden von der Danziger Regierung feierlich begrüßt. Gleichzeitig lief in Gdingen ein englisches Zerstörerengeschwader zum Besuch der polnischen Regierung ein.